Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 163. **Freitag** den 12. Juni 1885. **79. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Es hat sich eine anderweite Nummerirung der **Sidonienstraße** nöthig gemacht. Dieselbe wird nachstehend bekannt gegeben:

Von der Kohlenstraße aus:

Auf der linken Seite

Alte Straßen-Nummer	Brand-Cat.-Nr. Abth. B	Neue Straßen-Nummer	Besitzer (nach Adreßbuch)
58	384	1	C. L. Meißner
56	368	3	E. W. Begandt
54	367	5	J. F. L. Rohr
52	366	7	J. M. Hähnel
50	365	9	F. W. verw. Ullrich u. Gen.
48	364 C	11	C. C. O. Reinhold
46	364 B	13	J. M. B. verw. Frauendorf
44	176	15	C. T. verw. Töpler u. Gen.
42	175 B	17	C. verw. Dittrich
40	174/175 A*	19	E. Brell-Erdeus
38	174	21	E. Brell-Erdeus
36	169	23	C. W. Krebs
34	168	25	P. C. T. Hartmann und A. E. verw. Pötzsch
32	167	27	H. O. Besser
30	166 B	29	G. H. Neubauer
28	166	31	C. A. Hausmann u. Gen.
26	165 D	33	A. B. Ernesti
24	165 C	35	C. L. Wiedemann
22	165 B	37	W. verw. Pfänder
20	165	39	C. F. Gärtner
18	164	41	J. F. Schädel in Straßgrödchen
16	163 C	43	F. Wörncke
14	163 B	45	C. E. Köhler
12	163	47	F. W. Bechert
10	162 D	49	J. F. verw. Löwe
8	128 K	51	H. verw. Hoffmann
6	128 L	53	L. Wagner
4	128 M	55	F. H. Voigt
2	128 N	57	C. G. Teichmann
Fleßplatz, die Fleßplatz-Nummern zählen am Fleßplatz 11, 12, 13			
—	—	59 / 61	eventuell 2 Bauplätze E. H. Mehlgarten
64	—	63	E. Herm. Mehlgarten

Auf der rechten Seite

Alte Straßen-Nummer	Brand-Cat.-Nr. Abth. B	Neue Straßen-Nummer	Besitzer (nach Adreßbuch)
49	369	2	E. T. Lorber
47	369 B	4	D. G. Sonntag
45	370	6	Hallmann & Herfurth
43	371	8	J. Lewck
41	371 B	10	J. A. Kretzschmar
39	371 C	12	Dr. C. G. Hölemann
37	177	14	R. C. Helm u. C. R. F. Jäger
35	—	16	Frau verw. Dr. A. M. Vogel
33	178/179	18	J. F. Meißner
31	180	20	J. H. Wolfson u. Gen.
29	206 B	22	J. H. Wolfson u. Gen.
27	181	24	Dr. P. Fiedler
25	182/183	26	J. F. Meißner
23	183 B	28	F. W. Schrodt
21	183 C	30	F. W. Schrodt
19	184	32	H. H. Freyer
17	184 B	34	E. J. Herrmann
15	184 C	36	E. J. Herrmann
13	185	38	Frau verw. C. T. A. Meißner
11	185 B	40	C. F. Tröger
9	186	42	S. M. Tröger
7	187	44	Cartanjen's Erben
5	188	46	C. F. Bühring
3	128 H*	48	P. H. Hahn
1	128 J	50	Realgymnasium (Stadtcommun)
Fleßplatz-Anlagen			
—	—	—	Bauplätze
—	—	—	
—	—	—	
—	—	—	

Leipzig, am 3. Juni 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. G.

Bekanntmachung.

Montag, den 15. d. Mt. wird mit der Herstellung des zweiten Pferdebahngeleises in der Kurprinz- und Windmühlenstraße und zwar in der Richtung vom Hotel de Prusse nach dem Bayerischen Bahnhofe zu begonnen werden.

Es werden deshalb von gedachtem Tage ab, soweit nöthig, die jeweilig im Bau befindlichen Strecken der **Kurprinz- und Windmühlenstraße für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, am 10. Juni 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Garten-Verpachtung.

Zwei pachtfrei werdende **Abtheilungen** des der Stadtgemeinde gehörigen, **an der Promenade** hinter dem sog. Kloster (Klostergasse Nr. 5) gelegenen **Garten-Areales,** und zwar die beiden **letzten** rechts und links am Eingange von der Promenade aus, sollen **vom 1. November dss. Js. an** gegen **einjährige Kündigung**

Donnerstag, den 18. Juni dss. Js., Vormittags 11 Uhr,

auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 16, an die **Meistbietenden** anderweit **verpachtet** werden.

Ebendaselbst auf dem großen Vorsaale liegen die Verpachtungs- und Versteigerungsbedingungen schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 30. Mai 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stdg.

Bekanntmachung.

Die Ausführung der bei dem Umbau der Plagwitzer Brücke erforderlich werdenden **Pflasterarbeiten** soll an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können von dort entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Pflasterarbeiten beim Umbau der Plagwitzer Brücke"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 24. Juni 1885, Nachmittags 5 Uhr, einzureichen.

Leipzig, am 10. Juni 1885.

Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Der am 3. Juni 1855 in Coburg geborene Tapezierer **Julius Friedrich Franz Kühn** hat sich am 26. Mai dss. Js. mit seiner Ehefrau unter Hinterlassung seiner 3 unmündigen Kinder ohne Abmeldung von hier entfernt.

Man ist zur Fürsorge seiner 3 in hiesiger Waisenpflege sich befindenden Kinder anzuhalten, eventuell dessen Aufenthalt hier anzuzeigen.

Leipzig, am 9. Juni 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig. (Armenamt.)
Ludwig-Wolf. Feiler.

Bekanntmachung.

Die mit 1800 ℳ dotirte **Gemeindevorstandsstelle** des circa 2100 Einwohner zählenden Dorfes **Leutzsch** bei Leipzig ist am 1. Januar 1886 neu zu besetzen.

Bewerber, welche eine Caution von 2000 ℳ zu hinterlegen haben, wollen sich unter Einreichung von Lebenslauf und Zeugnissen bis 1. Juli dieses Jahres hier melden.

Leipzig, am 31. Mai 1885.

Der Gemeinderath.
Schmiedt.

Bekanntmachung.

Die bei dem Umbau der Plagwitzer Brücke erforderlich werdenden Anstreicherarbeiten sind an einen Unternehmer in Accord zu vergeben.

Die Bedingungen für diese Arbeiten können von unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 14, bezogen werden.

Offerten sind ebendaselbst versiegelt und mit der Aufschrift:

„Anstreicherarbeiten zum Umbau der Plagwitzer Brücke"

versehen und zwar bis zum 24. Juni 1885, Nachmittags 5 Uhr, einzureichen.

Leipzig, am 10. Juni 1885.

Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Am Morgen des 6. d. ist in der Elster in der Nähe der Waldstraße ein weiblicher Leichnam aufgefunden und polizeilich aufgehoben worden.

Da über die Persönlichkeit der Todten bis jetzt hier Nichts bekannt geworden, so ersuchen wir alle diejenigen, welche eine Auskunft darüber zu geben vermögen, sich ungesäumt bei uns zu melden.

Leipzig, am 9. Juni 1885.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Dr. Berger.

Signalement: Alter: 20—30 Jahre; Statur: untersetzt; Haare: dunkelblond; Augen: braun; Nase: spitz; Zähne und Mund: gewöhnlich; Zähne: vollständig; Gesicht: länglich.

Bekleidet war die Todte mit einem schwarzen Kleide, braunen Unterrocke, dunklen wollenen Hemde, einer blaulinenen Schürze, einem Paare schwarzer Strümpfe und Lederhausschuhen und hatte ein weißes Taschentuch, gez. M. W., bei sich.

Nichtamtlicher Theil.

Die englische Ministerkrisis.

Die Krisis, welche durch die Abstimmung des englischen Unterhauses über das Einnahmebudget herbeigeführt ist, nimmt ihren regelmäßigen Verlauf. Der Ministerpräsident Gladstone hat sich nach Balmoral zur Königin begeben, um ihr die Abdankung des Ministeriums zur Beschlußnahme zu unterbreiten, und die Führer der Torypartei haben sich zur Uebernahme der Regierung bereit erklärt. Damit ist jedoch der Rücktritt Gladstone's noch nicht entschieden, es giebt einen Ausweg, ihn am Ruder zu erhalten, und das ist die Auflösung des Parlaments. Ist die Zuversicht Gladstone's so groß, daß er durch Neuwahlen die verlorene Mehrheit wieder zu erlangen sicher zu sein glaubt, dann wird er der Königin diesen Schritt anrathen; nach den Mittheilungen der „Pall Mall Gazette" ist aber darauf nicht zu rechnen; Gladstone scheint unter den gegenwärtigen Verhältnissen selbst eine Auflösung durch ein Ministerium Salisbury zu wünschen, weil er mit Collegen, wie Chamberlain, nicht mehr weiter arbeiten kann und passende Ersatzmänner für die zum Ausscheiden reifen Minister nicht vorhanden sind. Salisbury würde sogar leichte Arbeit finden, denn die „Pall Mall Gazette" sagt ihm schon halb und halb die Unterstützung durch die liberale Partei zu. Das wäre ein Arrangement, dessen Vortheile schließlich doch wieder Gladstone zufallen würden. Der schlaue Führer der Liberalen hat die Sache so eingefädelt, daß Salisbury nur die Aufgabe übernimmt, die augenblicklichen Schwierigkeiten der Lage zu überwinden, um nach Erfüllung derselben wieder Gladstone Platz zu machen. Daß diese Absicht wirklich vorhanden ist, beweist die Rede, welche Dilke im liberalen Club der City gehalten hat. Er legte den Nachdruck darauf, daß die Tories Gelegenheit bekommen mögen, das Budget, die afghanische Angelegenheit und die neue Verwaltung der drei Länder des vereinigten Königreichs in der von ihnen angedeuteten Weise zu behandeln. Allzu viel Unheil würde Salisbury mit seinem Tory-Ministerium nicht anrichten können, denn die afghanische Frage sei bereits auf dem Puncte angelangt, daß der Friede Europas dadurch nicht mehr gestört werden könne. Gladstone würde seine Portefeuille mit der Führung der Liberalen vertauschen, bis die nächsten allgemeinen Wahlen ihn im Triumph auf den Ministersitz zurückführen würden. So gestaltet sich die nächste Zukunft in der Vorstellung der Liberalen, aber sie braucht deshalb diesem Bilde noch nicht zu entsprechen, es können Ereignisse eintreten, welche der Entwickelung eine ganz neue Wendung geben, und auch diese ist bereits zum Gegenstande von Erörterungen durch die Presse gemacht worden.

Die Mehrheit, welche sich am 8. Juni gegen Gladstone vereinigte, war verhältnißmäßig gering, sie war nur um 12 Stimmen größer als die Minderheit, also verfügt Gladstone heute noch etwa über die Hälfte der Stimmen, ja bei der nächsten Abstimmung könnte sich die Minderheit sogar leicht wieder in die Mehrheit verwandeln, je nach der Anwesenheit oder Abwesenheit einer Anzahl Abgeordneter. Ob die Tories wirklich die Mehrheit besitzen, wäre erst noch durch zukünftige Abstimmungen zu erweisen, die zuversichtliche Haltung der Liberalen spricht eher dagegen als dafür.

Welche Politik ist in England überhaupt populär? Das ist eine sehr schwer zu beantwortende Frage. Wir glauben: eine Politik, die billig und zugleich erfolgreich ist. Die Engländer sind weniger als irgend ein Volk geneigt, für den Ruhm ihrer Nation Geldopfer zu bringen, sie finden es am Vortheilhaftesten, wenn die Opfer ihrer Politik auch die Kosten tragen. Sobald Schwierigkeiten eintreten, welche nur mit bedeutendem Aufwand an Geld und Menschen zu beseitigen sind, dann weichen die Engländer muthig zurück, wie im Sudan und Centralasien. An der egyptischen Finanzfrage ist der Erfolg von 1882 zerschellt, mit einer Zähigkeit ohne Gleichen weigern sie sich, die Entschädigung für das Bombardement von Alexandrien zu zahlen und der Zinsenabzug für die egyptischen Staatsgläubiger ist für sie eine so wichtige Sache, daß sie darauf bestehen, obwohl alle europäischen Mächte Einspruch dagegen erheben. Die egyptische Regierung war bereit, sich den gerechten Forderungen Europas in der Coupongelegenheit zu fügen, der englische Commissar Baring aber legte sein Veto ein und deshalb unterblieb die Veröffentlichung des betreffenden Beschlusses. Das ist charakteristisch für die gesammte englische Politik. Für dieselbe ist der Geldpunct immer der ausschlaggebende. Eine kostspielige Politik hat in England stets die Mehrheit gegen sich, gleichviel ob sie vernünftig und klug ist oder nicht. Dabei sind die Engländer aber so kurzsichtig, daß ihnen entgeht, wie man durch rechtzeitige Ausgaben weit größere Nachtheile vermeiden kann. Hätte England die Bewohner Alexandriens für die ihnen aus dem Bombardement erwachsenen Nachtheile schadlos gehalten, hätte es die egyptischen Staatsgläubiger befriedigt, hätte es endlich rechtzeitig eine ausreichende Macht gegen den Mahdi ausgerüstet, dann hätte es in Egypten freie Hand, eine egyptische und eine Suezcanal-, sowie eine Sudanfrage gäbe es nicht und höchst wahrscheinlich würde auch Rußland noch nördlich von Merw stehen. Aber Gladstone kannte seine Landsleute und darum suchte er mit kleinen Summen auszukommen. Die unzeitige Sparsamkeit hat sich bitter gerächt, und England wird vielleicht jetzt den zehnfachen Betrag desjenigen aufwenden müssen, um den status quo aufrecht zu erhalten, der vor drei Jahren genügt hätte, um ihm eine dominirende Stellung im Orient zu verbürgen.

Mit derselben Knauserei, welche der Gladstone'schen Politik die Richtung gegeben hat, muß auch der Nachfolger rechnen, jeder Aufschwung in der auswärtigen Politik wird sogleich gelähmt durch die damit verbundenen Kosten. Weshalb hält England kein stehendes Heer von der Stärke, welche seinem Bedürfniß entspricht? Weil die Engländer die Kosten eines solchen sparen wollen, angeblich weil ein großes Heer sich mit seinen freiheitsfreundlichen Grundsätzen nicht verträgt. Auf seine Flotte konnte sich England so lange stützen und damit auskommen, als es neben Frankreich noch keine dominirende Landmacht gab, seit aber Deutschland die Bürgschaft für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens übernommen hat, kann sich England nicht mehr durch die französische Armee den Rücken decken. Das war der Zweck der entente cordiale zwischen Frankreich und England, welche Napoleon III. so sorgfältig pflegte, daß beide zusammen die Weltherrschaft ausübten, Frankreich zu Lande und England zur See. Das Jahr 1870 hat aber diesem Verhältniß ein jähes Ende bereitet und schon damals zerriß Rußland den Pariser Vertrag zum Zeichen, daß jetzt eine neue Epoche beginne, in welcher der Schwerpunct der Macht von Westen nach Osten verlegt werde. Der Berliner Friede des Jahres 1878 hat dem allzu schnellen Vordringen Rußlands nach Konstantinopel und nach Indien Zügel angelegt, und wenn England klug genug gewesen wäre, die Politik des Jahres 1878 weiter zu verfolgen, dann würde die Gruppirung der europäischen Mächte heute eine andere sein. Aber England verstand seines Vortheil nicht, der russische Einfluß verdrängte allmälig den englischen und England würde nur durch gigantische Anstrengungen hierin Wandel schaffen können. In solcher Politik fehlen aber in England alle Anknüpfungspuncte, die grenzenlose Verwirrung, in welche Gladstone sein Vaterland gestürzt hat, wird kaum gefühlt, die Engländer trösten sich über ihren Verlust an Einfluß durch einen Blick auf die Karte und summiren die Quadratmeilen und die Millionen von Menschen, über welche sie herrschen. Auch das Reich Alexander's und das alte Rom ist zu Grunde gegangen und am Sturze der englischen Weltherrschaft arbeiten die Engländer seit einer Reihe von Jahren mit größtem Eifer. *

Leipzig, 12. Juni 1885.

* Die „Nationalliberale Correspondenz" schreibt zur Parteilage: „Bei den vorigen Reichstagswahlen war es die nationalliberale Partei, welche zuerst und allen anderen weit voran auf den Kampfplatz trat. Erfüllt von dem neuen Leben und den frischen Anregungen, die in die Partei gekommen, entfaltete sie einen Eifer, der in den Gegnern die Hoffnung, in den Freunden die Besorgniß erweckte, die Partei möchte „ihr Pulver zu früh verschießen". Das hat sich nun nicht bewahrheitet, der Eifer und die Thätigkeit hielten bis zuletzt aus und die Stimmenvermehrung von 600,000 auf 1 Million Wähler war ein schöner Erfolg der Anstrengungen. Auch in diesem Jahr tritt die nationalliberale Partei wieder weitaus zuerst in die Wahlbewegung. Während bei den anderen Parteien noch vollkommene Stille herrscht, haben unsere Gesinnungsgenossen allein die Wahlvorbereitungen schon jetzt in größerem Stil eröffnet. Nicht nur in Preußen, sondern auch in verschiedenen anderen Bundesstaaten, namentlich Sachsen und Baden, stehen im Herbst vollständige oder theilweise Erneuerungen der Volksvertretung bevor. Unsere badischen Parteigenossen haben sich in allerjüngster Zeit eine treffliche neue Organisation gegeben und mit großer Umsicht und Rührigkeit die zweckmäßigsten Veranstaltungen getroffen, welche einen günstigen Erfolg verbürgen. Dasselbe haben unsere Gesinnungsgenossen im Königreich Sachsen vor Kurzem auf einer Zusammenkunft in Dresden gethan. Für Preußen sind für die nächsten Wochen in verschiedenen Landestheilen größere provinzielle Versammlungen zur Besprechung der Wahlvorbereitungen anberaumt. In der Reichshauptstadt geht vorwaltend nur von der nationalliberalen Partei wahlpolitisches Leben aus. Der Ernst und die Energie, womit unsere Parteigenossen so frühzeitig ihre Kräfte musterten und sammelten, ist im höchsten Grade anzuerkennen und gewährt gute Hoffnung, daß der Erfolg den Anstrengungen entsprechen wird. Wir fürchten auch diesmal nicht, daß der Eifer beim weiteren Fortschreiten der Wahlbewegung erlahmen und unsere Partei sich erschöpft haben könnte, wenn andere erst recht beginnen. Indessen ist doch zu erwägen, daß uns noch nahezu fünf volle Monate von dem Wahltag trennen werden und daß, soweit die eigentliche unmittelbare Einwirkung auf die Wähler bezweckt wird, in der That der Zeitpunct der vollen Kraftentfaltung jetzt noch nicht gekommen zu sein scheint. Anders als mit dem agitatorischen Eingreifen steht es aber mit den organisatorischen Vorbereitungen, welche von langer Hand getroffen sein müssen, wenn sie einen Erfolg verbürgen sollen. In letzterer Hinsicht kann gar nicht frühzeitig genug Hand angelegt werden, und wir freuen uns, zu sehen, daß unsere Parteigenossen rüstig bei der Arbeit sind."

* Die Anlagen (Actenstücke) zu den stenographischen Berichten über die Verhandlungen des Reichstags in der ersten Session der sechsten Legislaturperiode (1884/85) sind soeben in drei starken Bänden ausgegeben worden.

* Die von der preußischen Regierung getroffenen Ausweisungsmaßregeln den russisch-polnischen Elementen gegenüber werden in einer hochoffiziösen Note wie folgt erörtert:

Die deutsche Presse beschäftigt sich seit Wochen sehr eingehend mit den Ausweisungsmaßregeln, welche die preußische Regierung gegen das russisch-polnische Element in den östlichen Provinzen ergriffen hat, und neuerdings zeigt es sich, daß eine große Anzahl von Zeitungen, darunter auch größere, sich durch Nachrichten haben äffen lassen, als ob eine mildere Handhabung der Ausweisungsmaßregeln eingetreten sei. So denkt auch die „Post" folgende Mittheilung ab:

„Die Ausweisungsverfügung russisch-polnischer Einwohner scheint in Westpreußen nicht mehr mit derselben Strenge gehandhabt zu werden, wie in der ersten Zeit. Der „Thorner Ostd. Ztg." zufolge ist einigen russisch-polnischen Ueberläufern (ländlichen Arbeitern) in diesen Tagen die Nachricht schriftlich zugegangen, die preußische Behörde gestatte ihnen bis auf Weiteres den Aufenthalt im diesseitigen Landesgebiete. Darüber herrscht große Freude nicht nur bei den Ueberläufern, sondern auch bei den preußischen Arbeitgebern, denen es sonst schwer fallen würde, bei der vorgerückten Jahreszeit die nöthigen Arbeitskräfte zu beschaffen."

Wir sind in der Lage, auf Grund zuverlässiger Informationen, diese sowie alle ähnlichen Behauptungen als jeder thatsächlichen Begründung entbehrend zu bezeichnen. Die von der Regierung ergriffenen Maßregeln werden mit einer jede Ausnahme ausschließenden Strenge durchgeführt. Allerdings wird von verschiedenen Seiten, insbesondere von landwirthschaftlichen Kreisen bei den Regierungen und Landrathsämtern um Zulassung von Exceptionen petitionirt. Es ist a priori einleuchtend, daß den betreffenden Gesuchen keine Folge geleistet werden kann, weil es sich um Durchführung von Maßregeln handelt, welche aus allgemeinem politischen Interesse unabweisbar sind.

Man sollte doch meinen, daß die Erklärungen, welche seitens der Staatsregierung bei der am 6. Mai d. J. im Abgeordnetenhause zur Verhandlung gekommenen Interpellation der Abgeordneten Borowski und Genossen, betreffend die Ausweisung der in Ost- und Westpreußen wohnenden, dem preußischen Staatsverbande nicht angehörigen Polen, abgegeben worden sind, deutlich und klar genug für den unabweislich gewordenen Standpunct sprechen, welchen die Regierung einnimmt. Der Minister des Innern sagte da unter Anderm, der Regierung seien die Augen geöffnet worden über die Gefahren, die in diesen Dingen liegen, und der Vorwurf, den man ihr machen könnte, wäre höchstens der, daß sie nicht schon längst eingeschritten sei. Er acceptirte diesen Vorwurf, aber, fügte er hinzu:

„wie viel schärfer müßten die Vorwürfe sein, die wir gegen uns erheben müßten, wenn wir, nachdem uns die Augen geöffnet sind, nun zuziehen und mit verschränkten Armen dabei stehen wollten. (Sehr richtig! rechts.) Also ich will doch wenigstens zu Gunsten der Regierung die Behauptung aufstellen, daß wir uns jetzt bemühen, das Versäumte nachzuholen und in einer Weise nachzuholen, daß unsere berechtigten Interessen auf die Dauer gegen Unzuträglichkeiten geschützt werden."

An einer anderen Stelle heißt es:

„Es handelt sich einfach um die wohlerwogene Rücksicht auf die Sicherheit unseres Staates und auf den Fortschritt des deutschen Culturlebens und -Wesens in jenen Provinzen, die seiner so dringend bedürfen. . . . . Mir ist z. B. mitgetheilt worden, daß auf einem Gute, ich glaube im Thorner Kreise, von 31 Arbeiterfamilien 28 von der Ausweisung betroffen sind. Das zeigt aber gerade, wie tief dort das Uebel sitzt, welches zu beseitigen unsere Pflicht ist, und wie sehr wir unsere Pflicht vernachlässigt haben, indem wir gegen solche ganz eigenthümlichen Zustände so lange unsere Augen geschlossen haben."

Nachdem die Regierung so bestimmte Position genommen, ist es schlechterdings unbegreiflich, wie unsere Presse leichtgläubig jene Nachrichten weiter colportiren kann. Die Ausweisungsmaßregeln sind durch die Gefahren, welche in der Anhäufung des revolutionär-polnischen Elementes und der revolutionär-polnischen Agitation in unseren östlichen Provinzen liegen, unzweifelhaft veranlaßt. Es war nationale und patriotische Pflicht, so und nicht anders vorzugehen, und die Presse, welche Anspruch auf nationale Gesinnung erhebt, sollte sich hüten, die Regierung durch die Colportage der in Rede stehenden Nachrichten zu verdächtigen, als ob dieselbe das, was sie vor wenigen Wochen als unabweisliche Pflicht erklärt hat, heute bereits durch lage Praxis wieder vernichtigte.

* In Angelegenheit der deutschen Hochseefischerei schreibt man der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" von der Nordseeküste:

Während die deutsche Hochseefischerei nur von Finkenwerder und Blankenese aus mit kleinen Segelfahrzeugen mit platten Böden, die mithin nur wenig seetüchtig sind, betrieben wird, so beherrschen die Engländer mit ihren großen Kuttern, die neuerdings zur Erleichterung des Aufziehens der schweren Schleppnetze mit Dampfwinden ver-